

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.65 Mark
auswärts. Aufstellungsgeld, Be-
stellungen werden von allen Re-
postanten angenommen. Im
sonstigen Zeitungsverkehr unter
Sonder-Bestimmungen. Die un-
terzeichnete eingegangene Manuskripte
sind keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe "Salle Zeitung" gestattet.
Verantwortl. Red. Dr. Schickel, Nr. 114,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1133;
Dr. Schickel-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Salle-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. 8. Tagesp. 38 mm br. Kolon-
zeile od. der. Raum mit 30 Pf. a.
16 % Zuschlag berechnet und in auf-
fr. Anzeigenschein u. allen Postge-
schäft. angeh. Retorten die 78 mm
breite Zeile 1 Bl. a. 10 % Aufz. I.
Anzeigen - Annahmestunde ab 11
Uhr. für die Sonntags-Bl. ab 9
Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erteilungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts-
l. u. Haupt-Postamt: Halle.
N. N. Promenade 14, Dr. Deane-
haus. 17. Neben-Postamt: Halle.
Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 271.

Halle, Donnerstag, den 13. Juni.

1918.

Beute und Geländegewinn seit März.

Bereits 208 000 Gefangene seit 21. März — Ergebnisse des Besuchs des Grafen Burian.

Die Kämpfe zwischen Montdidier und Noyon.

Ueber 100 Tanks von den Franzosen eingesetzt — Ueber die Hälfte zerstört — Alle französischen Vorstöße abgewiesen — Schwere feindliche Verluste.

WTB. Berlin, 12. Juni. An der neuen Kampflinie zwischen Montdidier und Noyon haben die Franzosen am 11. Juni eine schwere blutige Niederlage erlitten. Die wichtigste Front des verlorenen Höhenlandes voll bewacht, hatten sie für die Hälfte ein, um den Deutschen die erzwungenen großen Verluste zu ersetzen. Mit mehreren Divisionen in diesen Märschen griff der Feind an. Um 11.30 Uhr brachen die Deutschen angriffe gegen unsere Linien von Le Noyon bis Anteuil. Der Hauptstoß des Feindes richtete sich gegen unsere Stellung von Courcelles bis Mern. Hier massierte er seine Artillerieschützen, unterstützt durch zahlreiche Tanks und Schachtgeschwader. Bei Courcelles jagte er allein über 30 Tanks vor. Bei Mern lag er gegen 80 Panzern gegen unsere Kräfte anrollen. Der deutsche Artillerie bereit die unfruchtlichen Wagen löhrende Ziele. Die Hälfte der französischen Tanks liegt jetzt im Meer auf dem Schlachtfeld. Der mit rascherer Energie geführte Gegenangriff brach unter sehr unangenehmlich schweren Verlusten zusammen. An der Hauptfront Courcelles-Mern traf den Feind mit voller Wucht der deutsche Gegenstoß und warf ihn zurück. Am Nachmittage um 5 Uhr setzte er zwischen Reuil und Anteuil zu

einem neuen Angriff an. Hier machte er die wütendsten Versuche, gegen unsere Linien vorzubrechen. Er blieb erfolglos und schmerzte unter schweren blutigen Verlusten. Weiter östlich brach ebenfalls der Angriff eines französischen Regiments gegen die Stellungen bei Crevinacourt verlustreich in sich zusammen. Trotz der bereits unangenehmlichen Verluste gab der Feind auch jetzt noch keine Sollung auf, einen entscheidenden Erfolg zu erringen. Abends 7 Uhr wiederholte er abermals unter Einsatz von zahlreichen Tanks seine Angriffe in Gegend von Noyon und südöstlich Mern. Sie endeten wieder mit der blutigen Ergebnislosigkeit der morgendlichen Angriffe. Das gleiche Schicksal erlitten ein Mitternacht längs der Straß von Villers-sur-Coudon-Blindcourt angelegter Vorstoß. Weiter östlich bis zur Die erlitten die feindliche aus Zhouzotte heraus geführte Gegenangriffe in französischen Blute. Die feindlichen einwärtigen Verbindungen, bei denen der Feind immer wieder neue Kräfte heranführte, lagen unter schwerem Feuer. Von morgens bis in die Nacht hinein hielten die Kämpfe an. Völlig nutzlos hat der Feind auf der ganzen Front seine Massen geopfert.

Wer trägt die Kosten?

Der Mittwoch hat fortgesetzt, was der Dienstag begonnen hatte. Die reaktionären Kompromiß-Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses haben die Vorlage über die Wahlen zum bisherigen Reichstagenhaus weiter als Kräfte verächtlich. Das gleiche Wahlsystem ist durch die pluri-irratigen Jugastimmen gefallen und dem allgemeinen Wahlrecht hat man durch die Bestimmung von dem zweiwöchigen Aufenthalt gleichfalls den Garau gemacht, so daß die Vorlage, wie sie zum Herrenhaus nach der jetzigen Fassung kommen wird, weder ein gleiches noch ein allgemeines Wahlrecht enthält. Damit nicht genug. Begnügte sich die Reaktion bei der dritten Lesung der Vorlagen mit einer zwei Drittel-Mehrheit in beiden Häusern für eine etwa geplante Veränderung der Wahlkreise, so ist am gestrigen Mittwoch nunmehr eine Dreiviertel-Mehrheit für erforderlich gehalten und festgelegt worden. Wird die Vorlage in dieser Form Geheh, dann ist nach menschlichem Ermessen nicht damit zu rechnen, daß die unheilvolle Wahlkreisgeometrie aus längst vergangenen Zeiten abgeändert werden kann. Der Osten kann durch die zunehmende Industrialisierung des Westens entvölkert werden, so viel er will, dem Großgartertum bleibt immer eine gewisse Macht erhalten. Ihre Mandate werden immer berufen auf der Wahl, die die im Abgeordnetenhaus heute angeführt ausüben. Aus dem Proporz-Wahlsystems hat man sich angenommen. Aber man hat am Mittwoch hier einen Zustand geschaffen, der das Wahlsystem um eine Welle für die ersten vier ruppigen Verhältniswahl in der gemäßigten Richtung gegenüber des Ostens beschließen, einen fortschrittlichen Antrag auf Einführung der Verhältniswahl auch in den Großstädten und in den westlichen Industriezentren jedoch abgelehnt. Endlich aber hat man nach einer Beschluß gefaßt, der die am Dienstag in Entscheidung getretene Gegenpartei auf den Kriegsteilnehmern verweisen soll. Bei § 2 der Vorlage beschäftigt man sich mit dem Wahlrecht und bei § 25 ist man darauf nochmals zurück gekommen. Nach dieser eingetretener Veränderung sollen die Kriegsteilnehmer eine Zustimmung bei den beiden ersten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht erhalten. Was ist damit gebessert? Das Unrecht wird dadurch nicht aus der Welt geschafft. Die Kriegsteilnehmer haben nur ein vorübergehendes Anrecht auf eine Zustimmung. Glauben die Herren der Mehrheit nicht, daß es unendlich köses Blut machen muß und wird, wenn eines Tages durch den Beschluß nun gehen dem Kriegsteilnehmer dieses vorübergehende politische Recht wieder genommen wird? Der Kriegsteilnehmer wird politisch schließlich doch schlechter gestellt sein als sein Kamerad, der zu Hause gesessen ist und sich z. B. den Voten eines Arbeiters über fünf Mann erringen konnte. Die Kriegsteilnehmerfeindliche Haltung der Mehrheit vom Dienstag kann durch den Beschluß zum Mittwoch nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Diese Tendenz der Mehrheit geht zu Gunsten auf aus der Befreiung der Altersgrenze von 50 Jahren her.

Die polnische Regierung gegen die Entente.

Gegen die Versailler Resolution der Entente — Erinnerung an zaristische Verprechungen — Der Zeitpunkt des Entente-Verprechens — Zusammenarbeiten mit den Zentralmächten.

WTB. Warschau, 12. Juni. (Drahtnachricht.) Dem unklaren Meldung der Staats-Agentur vom 3. Juni wurde an der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Frankreichs, Großbritannien und Italiens folgender Beschluß gefaßt: Die Bildung eines einheitlichen vereinigten und unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zutritt zum Meere über eine der Bedingungen eines dauerhaften und gerechten Friedens und der Herrschaft des Rechts in Europa. Ohne auf eine Würdigung des Entschlusses auf sich einzugehen, kann die polnische Regierung den Zeitpunkt sowie die Umstände seiner Einsetzung nicht eher abtun lassen. Allzu ähmerlich gemacht er uns an den Augenblick, als, erst nachdem die russischen Truppen das Königreich Polen verlassen hatten, sich die polnische Regierung entschloß, an die Bewältigung dieser ihrer Rechte heranzutreten, die wir ein Jahr- hundert lang vergeblich gefordert hatten. Der Zeitpunkt der

Beispruchung, nicht der Zustand der Resolution gibt ihr den eigentlichen Charakter. Die polnische Regierung wehrt sich eins mit der ganzen Nation in ihrem beharrlichen Streben nach Schaffung eines unabhängigen, mit den grundlegenden Bedingungen einer politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit ausgestattet Staatswesens, und wird sich durch die Beschlüsse der Entente hierin nicht aus dem Gleichgewicht bringen lassen. Allen Hindernissen und Schwierigkeiten ungeachtet wird sie die Bewältigung der grundlegenden Bedürfnisse der nationalen Unabhängigkeit anstreben, welcher dieser im Zusammenwirken mit den benachbarten Zentralmächten die Lösung der historischen Aufgaben ermöglichen, die über im Osten Europas hängen. Das erfordert eine nähere Beteiligung unserer eigenen Interessen, die allein für uns maßgebend sind.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 12. Juni, abends. Oestliche Kämpfe auf dem Schlachtfeld südwestlich von Noyon und südlich der Aisne.

Wiener Bericht.

Feindliche Vorstöße abgewiesen.

WTB. Wien, 12. Juni. Amtlich wird verlautbart: An der Götters- und Blauenfront anhaltende feindliche Anstöße. Im Abschnitt des Stiller Jochs, westlich Noyon und am Mont Wolens wurden feindliche Vorstöße abgewiesen. In Albanien im Raume bei Sinoprents nordwestlich Korca dauern die Kämpfe mit den angreifenden Franzosen an.

Der Chef des Generalstabes.

Der Besuch des Grafen Burian.

WTB. Berlin, 12. Juni. (Drahtnachricht.) Amtlich wird gemeldet: Der k. u. k. Minister des Äußeren, der am 1. Juni in Berlin eingetroffen war, ist gestern abend wieder über nach Wien abgereist. Graf Burian, der in erster Linie dem Reichskanzler seinen Antikommunismus als Minister des Äußeren abhalten wollte, hatte während seines Berliner Aufenthalts Gelegenheit, mit den leitenden Staatsmännern Deutschlands eingehende Besprechungen zu pflegen. Diese Besprechungen umfaßten alle derzeitigen im Vordergrund stehenden Probleme, die einer gründlichen Prüfung unterzogen wurden. Der Geist des wechselseitigen Entgegenkommens

und freundschaftlichen Vertrauens, der den Verhandlungen das Gepräge gab, berechtigt zu der Erwartung, daß in den neherinabgegangenen in allerhöchster Zeit aufzunehmenden weiteren Verhandlungen die zur Beratung stehenden Fragen eine weitere Klärung erfahren und binnen kurzem ihre endgültige, alle Beteiligten befriedigende Lösung finden werden.

Wo bleibt die Aufklärung?

Wiel, 12. Juni. (Privattelegramm.) Die „Morning Post“ melde: Der Besuch der Deutschen bei Noyon bleibt für die Öffentlichkeit unklar, da die Berichterstattungen der Deutschen im Anschluß der Verhandlungen zu sprechen, was man doch eine Klärung fordern, wie dieser neue Erfolg der Deutschen möglich geworden ist.

6566 Quadratkilometer Boden gewonnen

208 000 Gefangene gemacht.

WTB. Berlin, 12. Juni. (Drahtnachricht.) Der Geländegewinn der Deutschen seit dem 21. März beträgt 6566 Quadratkilometer. In dieser Zahl ist der Geländegewinn bei den Angriffen zwischen Montdidier und Noyon nicht inbegriffen.

Die Entente konnte dagegen bei allen ihren großen Schlägen an der Somme, bei Arras und in Flandern lediglich 500 Quadratkilometer in vielen Monate langen Kämpfen erobern. Die Gefangenenzahl seit dem 21. März läßt mit den letzten Erfolgen an der Westfront auf 208 000 schätzen.

(Quelle: Depeschen siehe auch Seite 4.)

Wer trägt nun die Kosten für die Beschlüsse der Reaktion der beiden letzten Tage? In erster Linie die Regierung, deren Ansehen weiter gemindert werden muß, weil sie sich zu keiner Tat aufraffte, obwohl Graf Hertling angeblich die Ermächtigung zur Auflösung in der Tasche hat. Ihr Ansehen muß geschwächt werden, weil sie sich mit wenigen Worten des Ministers Dr. Drems begnügte. Das Ansehen der Regierung kann auch nicht dadurch vermehrt werden, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident Graf Hertling zu den laienförmlichen Beschlüssen des Dienstags überhaupt nicht im Sitzungssaal erschien, und ferner nicht dadurch, daß selbst der stellvertretende Ministerpräsident Friedberg sich aus- schloß. Das Verhalten der Regierung macht immer wieder den Eindruck, als ob eine innere Einigkeit und Geschlossenheit nicht vorhanden ist. Die mangelnde Entschlossenheit der Regierung könnte nur zu leicht den späteren Wahlkampf beinträchtigen. Daran sollte die Regierung heute schon denken.

Sodann aber werden die Nationalliberalen die Kosten des Verfalls zu tragen haben. Ihre Spaltung in zwei fast gleiche Teile in einer der wichtigsten Fragen der Gegenwart spricht nicht für den Geist, von dem eine Partei besetzt sein muß, wenn sie ein Recht auf Weiterbestand haben will. Diese einst so einflussreiche Partei hat in ihrer Landtagsfraktion heute keinen Vorsitzenden mehr, und sie mag aus Furcht vor der dann leicht unermehlich werdenden Spaltung auch nicht die Durchführung einer Wahl. So hat die nationalliberale Fraktion gegen die Wahl eines Kandidaten für Dr. Lehmann vergeblich und mit der Führung

Die vierte Lesung der Reformvorlagen beendet.

Die Frage der Verhältniswahl — Die Stellung der Kriegsteilnehmer — Leidenhöfliche Auseinandersetzungen — Ein Zusammenstoß zwischen dem Vizepräsidenten Lohmann und dem Abg. Hoffmann — Alle Vorlagen in der Gesamtabstimmung gegen Polen, Sozialdemokraten, Fortschrittler, einige Nationalliberale und Zentrumsmitglieder angenommen.

Berlin, 12. Juni.

Das Abgeordnetenhaus hielt heute die Beratung des Gesetzentwurfes über die

Wahlen zum Abgeordnetenhaus

bei § 24 (Abgrenzung der Wahlbezirke) fort und nahm dazu einen Kommissionsbericht von Abgeordneten Lohmann und Hoffmann an, wonach die Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Bezirken der Provinz eingeführt werden soll und eine Abänderung der Abgrenzung der Wahlbezirke nur bei einer

3/4 Mehrheit in beiden Häusern

erfolgen kann. Alle übrigen dazu gestellten Anträge wurden abgelehnt, darunter ein fortschrittlicher Antrag, wonach die Verhältniswahl auch in Großstädten und in den Industriegebieten des Reichens eingeführt werden soll, und einen Zentrumstransport, nach dem schon auf 180 000 Einwohner statt auf 250 000 Einwohner je ein Abgeordneter gewählt werden soll.

Abg. Korfanty (Polen): Mit allem Bewußtsein wollen die Konventionen bei der Verhältniswahl ein Ausnahmewortrecht für die Wahlkreise mit polnischer Mehrheit schaffen. Das ist sehr unklar in den Augenblick, wo man die Kandidaten des Ostens umwirbt. Die Anrechnung der Polen in Deutschland will man aufrechterhalten. Das ist das Wert einer Karte, die ein Unglück Deutschlands ist. Sie will möglichst auch das ganze deutsche Volk entziehen. Erst dann wird das deutsche Volk Ruhe haben, wenn die Herrschaft dieser Karte gebrochen ist.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Auch wir erörtern in dem Kommissionsbericht über die Verhältniswahl und der Dreiviertel-Mehrheit ein Ausnahmewort gegen Polen und Sozialdemokraten.

Abg. Gersonowitsch begründete die von den Arbeitermitgliedern des Zentrums gestellten Anträge. Abg. Hoff (Hpt.): Die jegliche Bestreitung der Verhältniswahl und die Ungerechtigkeit, die durch eine Dreiviertel-Mehrheit für Verfassungsänderungen zu schaffen, geht doch über alles erträgliche Maß hinaus. Dies ist eine gar nicht klar genug zu fassende

Prozession des Volkes

(Stimmliche Zustimmung links). Zu der Frage des Verhältniswahlrechts empfiehlt der Redner die fortschrittlichen Anträge, die die Verhältniswahl nicht nur in einzelnen Bezirken des Ostens, sondern im ganzen Osten und in den Industriebezirken des Reichens und Oberhessens einführen wollen. Um ein direktes Zulommengehen der Nationalisten im Osten zu ermöglichen, gibt es nur zwei Dinge: Entweder den nationalen Kataster über die Verhältniswahl.

Von einem

anderer Mann

ist bei unserem Antrag gar keine Rede; er soll vielmehr zum friedlichen Nebeneinanderleben der beiden Nationen beitragen. Geradezu unbegreiflich ist es, daß die Kompromißler den Großstädten und Industriegebieten des Reichens wollen, was sie nun, nach früherem Widerstreben, den gemischtsprachigen Bezirken doch gewähren wollen. Sollen in Berlin die zwölf Einzelwahlkreise weiter bestehen, wenn die Verhältniswahl in den Verhältniswahlbezirken gemäßigt werden? Das wäre ja geradezu übernatürlich. Unser Antrag gibt die Möglichkeit, den Kommissionsantrag in geeigneter Weise zu ergänzen (Sehr richtig links).

Abg. Badesse (Hpt.): Ebenfalls wird der Abg. Korfanty seine ich sei, daß ich mich am 1. Mai nicht gegen das Verhältniswahlrecht ausgesprochen, sondern es nur als ungeeignetes Mittel zum Zweck des Deutschstums unter dem gleichen Wahlrecht bezeichnet habe. Wir behalten uns vor, in einem späteren Stadium die Frage einer

Abänderung des Verhältniswahlgesetzes

zu prüfen. (Zurufe links: Weitere Verschärfung!) Die Berücksichtigung soll einer Ausnahme bleiben, wir wünschen das Verhältniswahlgesetz abgeändert und Wahlkreis nicht zu lösen.

Die Dreiviertelmehrheit bei Wahlkreisänderungen wird nach Gegenprobe vom Präsidenten für angenommen erklärt. Die Mithilfe dieser Beurteilung wird von der Linken in erregten Juristen bewieselt.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.) weist zur Geschäftsordnung darauf hin, daß das Bureau gerade nur aus Wahlrechtsgegner besteht. (Stimmliche Entlassung des Redners.) — Der Präsident ruft Hoffmann wegen dieser Angelegenheit der Unmarzialität des Bureau zur Ordnung.

Ich behaupte nicht, daß das Bureau parteilich sei, aber die Wahrheit, die man wünscht, liegt man auch eher! (Antrag.)

Der Kommissionsbericht über die Verhältniswahl wird angenommen, alle anderen Anträge werden abgelehnt.

Abg. v. Arles (Hpt.) kommt bei der nun folgenden Debatte über den zweijährigen Wohnsitz auf den geistigen Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Hagemeister wegen der Verleihung einer Wehrform für die Kriegsteilnehmer zurück. Er legt die Ablehnung dieses Antrages durch die Mehrheit dieses Hauses hat auf seinen der Unbereitschaft der Reichsversammlung ausgeführt und diese Entschließung spiegelt sich wider in Artikel 1 der Verfassung, die der Linken nahesteht. Ich habe gestern bei einer Reihe von Anwesenden einen gewissen höflichen Interton zu hören gelaßt. Daß ich mich nicht getraut habe, das beweist ein Artikel in der gestrigen Abendausgabe der „Berliner Botschaft“, also eines Organes, das demjenigen des Herrn Abgeordneten nahesteht, der gestern den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Hagemeisters gestellt hat. (Gemeint ist der Abg. Freiherr v. Rüdiger.) Diese Ausführungen werden ein Schlüssel für den ganzen Antrag und insbesondere auf die Verleugung der Kriegsteilnehmer mit demselben Wohnsitz, welche einen eigenen Hausstand haben und unter eine Wehrform aufgenommen werden sollen.

Der Abg. Hoffmann hat bereits gestern zu Geschäftsordnung erklärt, aus welchem Grunde seine politischen Freunde diese Verleugung nicht zulassen könnten. Die

selben Erwägungen haben auch für meine politischen Freunde Geltung gehabt.

Wir haben die Kriegsteilnehmer nicht vergessen.

Beweis dessen: die Anträge, die von unserer Fraktion gestellt worden sind. Es wird sich noch Gelegenheit ergeben, die Vorlage ungeschickt nochmals dieses Haus beschließen wird. In Angelegenheit zu prüfen und zu erwägen, ob und bezüglich der Kriegsteilnehmer weitergehen kann als bisher.

Abg. v. Söhlte (Hpt.) gibt eine ähnliche Erklärung für seine Fraktion ab.

Abg. Hirsch (Soz.): Ich kann namens meiner Freunde nur erklären, daß wir bei unserer Zustimmung zu dem Antrag Hagemeister, den Kriegsteilnehmern eine Zulassungsfrage zu geben, kein anderes Motiv geteilt hat, als die Ungerechtigkeit des Privatwahlrechts weitestens dadurch auszugleichen.

Ich kann auch den Kriegsteilnehmern eine Zulassungsfrage geben, ich kann ihnen weiter sagen, daß wir dafür sorgen werden, daß die Entziehung über das Verhalten der Mehrheit, die gegen ihren Willen zum Ausdruck gekommen ist, auch im Volk ihren Widerhall finden wird. (Stimmlicher Widerspruch rechts und Zurufe.) Wenn die Herren heute sagen, sie hätten gegen eines eigenen Hausstandes nicht für den Antrag stimmen können, so ist das eine Ausrede, denn sie hätten ja nur getrennte Abstimmung zu beantragen brauchen. Aber Sie können eben den Kriegsteilnehmern nicht, was Sie Ihren privilegierten Schichten gegönnt haben. Das ist der wahre Sachverhalt.

Abg. Lucas (Hpt.) weist die Implikation, als ob der Antrag Hagemeister nur aus agitatorischen Gründen gestellt worden sei, hart zurück und betont, der Antrag sei

rein laichlichen Erwägungen

entstanden. Abg. Hoff (fortf.) führt aus: Für die Mehrheit ist doch bezeichnend, daß sie in den langen geheimen Verhandlungen, in denen sie ihr ausgeführtes Privatwahlrecht ausgegeben hat, keine Zeit fand, auch an die Kriegsteilnehmer zu denken (Stimmliche Zustimmung links). Es gibt

nichts Ungeheuerlicheres als diese Tatsache

(Stimmliche Zustimmung links; Huhu-Rufe rechts; Zurufe von rechts; Demagogie!)

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Wenn der konservativ Redner davon sprach, daß man bei den Kriegsteilnehmern diejenigen, die ein bescheidenes Salär hinter der Front kämpften, in Betracht ziehen sollte, die an der Front kämpften, in Betracht ziehen sollte, die an der Front kämpften, die heute in Ihren eigenen Reihen sehr reichlich, und wenn Sie alle Nationalisten aus Ihren Reihen und Ihren Familien hinzunehmen, so haben Sie mehr als genug! (Ein Abg. von der Rechten klapt mit dem Finger an die Stirn. Der Redner wendet sich zu dem Abgeordneten mit den Worten: „G, Herr Kollege, wenn Sie daran tippen, da fehlt's! Stimmliche Zustimmung im ganzen Hause.)

Wir haben gegen den Antrag Hagemeister selbst gestimmt (hebräische Altsprache rechts). Ja, aber wir haben das Recht, diesen und alle anderen Anträge abzuweisen, weil wir das gleiche Wahlrecht haben wollen und weil wir das Recht nicht künftigen lassen wollen. Ganz anders ist die Sache bei Ihnen. Die beste Lösung, die Sie den Kriegsteilnehmern beweisen könnten, wäre es, wenn Sie diesen Krieg bezwingen wollten. Der Reichende im Westen sinkt zum Himmel. Endigen Sie also diesen Krieg und lassen Sie die Teilnehmer als gleichberechtigte Bürger zurückkehren.

Abg. Wendt (Hpt.) erwidert dem Redner, er solle doch das Mittel angeben, wie der Krieg beendet werden könnte, dann wäre wohl ein einstimmiger Beschluß des Hauses früher. Vorläufig sei das aber leider nicht möglich. Weiter erklärt Abg. Wendt: Er und einige Herren vom Zentrum hätten einen ähnlichen Antrag wie den Antrag Hagemeister einbringen wollen. Dieser Antrag war aber von Reichstagen als unzulässig bezeichnet worden. (Stimmlicher Widerspruch auf der Linken.)

Der Abg. v. Duesch (Hpt.) führt aus, daß solche Reden wie sie eben von dem Abg. Hoff und Hirsch gehalten worden sind,

nur unseren Feinden nützen.

Wir fürchten uns nicht vor den Engländern und nicht vor den Franzosen. Die werden wir klein kriegen. Wir fürchten nur die Unmöglichkeit und die Wirkung solcher Reden auf unsere Zeitgenossen.

Abg. Hoffmann (Hpt.) wendet sich ebenfalls gegen den Vorwurf, daß er und seine Freunde, die gegen den Antrag Hagemeister stimmten, nicht genug Herz für die Kriegsteilnehmer besäßen.

Abg. v. Seydewitz (Hpt.): Der beste Beweis, daß wir für die Kriegsteilnehmer ebenso viel Herz haben wie Sie von der Linken, liegt darin, daß wir Gegner der Wahlrechtsberatung nicht gewesen sind. Wir wollten die ganze Beratung erst vornehmen, wenn die Kriegsteilnehmer wieder zu Hause sind. Wer ist es gewesen, der dies abgelehnt hat? Das sind Sie gemeint! (Stimmlicher Beifall rechts.)

Abg. Hirsch (Soz.) nennt die Ausführungen des Abg. v. Duesch eine Unverschämtheit. Er wird, da er die Behauptung trotz eines Ordnungsrufes des Präsidenten aufrecht erhält,

zum zweiten Male zur Ordnung gerufen.

Inzwischen ist ein Antrag des Abg. v. Seydewitz auf Schluß der Debatte eingegangen, der angenommen wird. Es folgt eine Reihe von persönlichen Bemerkungen zur Geschäftsordnung. Hierbei kommt es auch zu Zusammenstößen zwischen dem Abg. Adolf Hoffmann und dem Vizepräsidenten Lohmann. Der Präsident erklärt u. a.: Es ist ungebührig, wie es der Abg. Hoffmann getan hat, die Parteizugehörigkeit des Präsidenten anzuspüren. Welche ich sich das Haus nach dem Bericht, auf diese Bemerkungen des Abg. Adolf Hoffmann noch zurückkommen. Sie können auch, sagte der Präsident zu Hoffmann, geschäftlich nicht darauf achten zu wollen, wenn ich die Schelte rühre. Dadurch wird eine geordnete Führung der

der Fraktionsgeschichte des Abg. Sausmann beauftragt. Die Stimmung in allen Kreisen der nationalliberalen Partei kommt in allen Blättern zum Ausdruck, die dieser Partei nahe stehen. So schreibt z. B. der „Sonnenschein“:

„Das kann der erste Schritt der Nationalliberalen auf die Dauer nicht mehr sein. Das ist endlich einmal die Zeit, wenn der Gelehrer erfolgt, das ist auf die Dauer nicht zu erwarten. Nicht zu verwundern ist es ebenso auch, wenn der Vizepräsident und Abgeordnete Dr. Friedberg innerhalb der Fraktion aufgetaucht, wie das geschah, und so dem Vizepräsidenten Lohmann gefolgt hat. Wenn der Vizepräsident und Abgeordnete Dr. Friedberg die Art der Beileidigungen und Auszeichnungen nicht mehr ruhig hinnehmen, die ihm von seiner Seite aus seit längerer Zeit zugewandt und angedeutet wird, das was nun zwischen eine Ehrenpolitik Lohmanns, den Minister und Vizepräsidenten, was er im einzelnen an seiner Paraphrase leben wie er will, fügen sein einzuschalten, über das, was im Nebenher war. Damit er zum mindesten im Bilde blieb und nicht, wie so oft hier, gerade von seinen eigenen Großen Fehler Stunden durch die Ereignisse überstrahlt wurde. Sollte es, was ein mögliches Gefühl sein müßte, über die Reumutheit im Bureau der nationalliberalen Parteiführung zu entscheiden, wie viele links und rechts bereits frohlockend erhoben, zu einer Trennung kommen, dann wird der Name Lohmann nicht als ein zentraler Punkt in den Wählern unserer Parteigeschichte aufrechterhalten.“

Deutscher noch drückt sich das „Leipz. Tagebl.“ aus, das am Schluß eines Artikels sagt:

„Die nationalliberalen Verbände, das unter anderem der Verein der Reichsboten, die Dummheiten der Konventionen mitmachen. Die sie weniger gereifte Politiker als jene zu sein müßten, so kommen sie dabei meistens mehr zu Schaden als die Konventionen selber. Bei denen aber ist ein reaktionäres Verhalten allenthalben am Still; auch die verborgene Politik des Herrn von Seydewitz ist, wenn auch nicht im engeren oder nur im großen Sinne konservativ, sondern im feinsten, tatsächlichen und geschichtlichen Sinne, doch immerhin weitgehend noch konservativ zu nennen. Wenn dagegen liberale Politiker sich verhalten lassen, die gleichen Wege zu gehen, so ist das keine liberale, alte Politik mehr, nicht einmal eine unpolitische und Brüche, sondern überhaupt keine liberale mehr. Und obwohl die Konventionen sich immer noch und immer wieder auf diese Weise, die in der Einigkeit ihres politischen Grundgedankens eine solche Führung nach am besten vertragen können. Wir sind die nationalliberalen Partei nicht auf herrenhässliche Handwerker, sondern auf das liberale Bürgertum der Städte. Es ist kaum verständlich, wie ein Fraktionsführer diese Leute, die nicht leben konnte und daß sich ihm selbst die beständige Politik verhalte: „Wenn wir daselbst hin, ist es nicht daselbst.“ Die Konventionen werden schweren Schäden von ihrem politischen Verhalten her zu erwarten haben, wenn die Nationalliberalen bei denselben Ritt gegen Windmühlen reiten, wird unverständlich schwerer sein.“

Der Sprecher der nationalliberalen Mehrheit, der Abg. Lucas, hat am Dienstag vor einer Prozession der Arbeiter gesprochen. Er hätte getrost auch von einer Prozession des gesamten liberalen Bürgertums sprechen können. Die Abredeung wird kommen, wenn der Tag auch noch so weit hinaus geschoben wird. Dann wird es sich immer rächen, daß die Nationalliberalen in zwei Teile zerfielen. Schon heute ist es zu beklagen, daß bei der Abredeung auch die internationalen Liberalen die Köpfe des Parteiflusses zu befehlen haben werden, das ihre Arbeiter von der internationalen Richtung haben zerfallen.

Kein nationalliberaler Fraktionsvorsitzender.

Berlin, 12. Juni. Die Sitzung der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, die Ausscheidung des Fraktionsvorsitzenden zu beschließen. Die Geschichte werden bis zur Neuwahl durch das dienstliche Mitglied des Vorstandes, dem Abg. Sausmann (Sonnenschein) als Bevollmächtigten geführt.

Die Abgabe der nationalliberalen Mehrheit an Dr. Lohmann.

Die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt zu den Wahlrechtsverhandlungen in presbyterianischen Abgeordnetenhaus unter anderem folgendes:

„Die Mehrheit der nationalliberalen Parteiführung hat den Kommissionsbericht über die Verhältniswahl, die sich nicht anders handeln, wenn sie der Fraktion des nationalliberalen Partei, wie sie in den Beschlüssen des Zentralverbandes und des Reichstages festgelegt ist, treu bleiben wollte. Der Abg. in das neue Preußen führt eben nur durch die Tür des gleichen Wahlrechts. Es gibt keinen Umweg und keinen Seitenweg. Die nationalliberale Partei hat das erkannt und ihre Politik danach eingerichtet. Wohin die Politik des Abgeordneten Dr. Hoffmann führt, wird sich zeigen, wenn sie zu den letzten Konsequenzen aufrechterhalten wird. Es gibt keine presbyterianische Regierung, die das neue Kommissionsansehen annimmt, ohne die dynastischen Grundlagen des presbyterianischen Staates zu gefährden. Es gibt keine Abgabe an das Kommissariat, daß das neue Wahlrecht auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufgebaut sein sollte. Die Politik, die Abg. Dr. Hoffmann im Verein mit den Konventionen betreibt, führt also notwendigerweise zu Konflikt. Wir möchten deshalb bestanden, daß er auf seinem politischen Wege die Führung mit der übergroßen Parteimehrheit verleiht hat. Er spricht und handelt im Namen des rechten Flügels der nationalliberalen Parteiführung und trägt für die Union, deren Teilhaber er ist, mit seinen Anhängern allein die Verantwortung. Die nationalliberale Partei lehnt sich unbedingt ab.“

Ministerwechsel in Oesterreich.

Wien, 11. Juni. Der Minister des Innern Graf Toppensberg hat infolge der durch die Beschlüsse des Volkstages gefassten Beschlüsse zurück. Der Wiener Polizeipräsident Gayer ist zum Innenminister ernannt. Der Präsident des Erbkammerpräsidenten Paul wurde als Minister ernannt. — Toppensberg hat seine Rücktrittsgesuche dem kaiserlichen Hofrat überreicht. Aus seinem Rücktritt geht hervor, daß die Rechte nicht mit dem Kaiserlichen Sekretär, sondern mit einer weiteren Vertagung des Reichstages verbunden sind. Die deutschen Parteiführer haben erklärt, daß die Deutschen keinen Ministerium die Unterstützung verweigern werden, wenn durch die Beschlüsse des Reichstages der Rücktritt gesonnen wäre. In Falle der Reichlichen Resolution wäre also eine Beschlüsse getroffen.

Geschäfte zur Umwandlung. In diesem Falle müßte ich andere Mittel der Geschäftsordnung zur Anwendung bringen. Die Vorlage über die Reform des Abrechnungswesens und die Vorlage über die Reform des Rechnungswesens werden sodann in einfacher Abstimmung ohne weitere Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung und Abstimmung über das Gesetz betreffend

Die Verfassungsdarstellung

Hier wurde ein Antrag, wonach den evangelischen und katholischen Kirchen die ihnen zuführenden Vermögensgegenstände und Einkünfte gewährt werden, mit 215 gegen 62 Stimmen bei einer Stimmenmehrheit angenommen. In einfacher Abstimmung wurden die Anträge angenommen, wonach die evangelischen und katholischen Kirchen in Besitz und Genuß ihrer Stiftungen und Fonds bleiben und der konfessionelle Charakter der Volksschule gewährleistet werden soll.

Nach dem Beschluß der dritten Lesung ist zur Abänderung der Verfassung eine Zweidrittelmehrheit jeder Kammer erforderlich. Nach einem Kompromißantrag soll eine Verfassungsänderung nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können. Dieser Antrag wurde mit 207 Stimmen gegen 162 Stimmen bei einer Stimmenmehrheit angenommen. Der Rest des Gesetzes wurde sodann ohne Erörterung angenommen.

In der

Gesamtstimmung

wurden alle drei Gesetze in drei gegen die Stimmen einiger Zentrumsgesandten, eines Teiles der National-Liberalen, sowie gegen die Stimmen der Volkspartei, der Polen und der Sozialdemokraten angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr (Kaisersaal).

Schluß 3 1/2 Uhr.

Die Steuerdebatte im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung des Reichsteuergesetzes bei Art. 9 fort. Art. 9 regelt die bisher fehlende genaue Abgrenzung des Geltungsgebietes der Vorschriften für den Gesellschaftssteuerstempel.

Hg. Dr. Pfleger (Str.) verlangt wiederholt Streichung dieser unklaren Bestimmung, ebenso Hg. Waldstein (Forstf. Sp.), der betont, daß die angelegene Bestimmung des preussischen Stempelsteuergesetzes einen ganz anderen Sinn habe. Der Antrag auf Streichung wurde angenommen, ebenso im übrigen Art. 9.

Art. 10 ermächtigt den Bundesrat, Rechtsgeschäfte, die nicht Gesellschaftsverträge sind, durch die aber einer Gesellschaft Kapital zugeführt wird, für abgabepflichtig zu erklären, wenn sie dazu bestimmt sind, denselben Zwecken zu dienen wie ein Gesellschaftsvertrag.

Hg. Kiepert (nat.) beantragt Streichung, weil die Ermächtigung viel zu weit geht. Auch sei die Fassung zu unbestimmt.

Unterstaatssekretär Schiffer: Es handelt sich um eine allgemeine Ermächtigung für den Bundesrat, der Mittel haben muß, um fündigen Umgehungsversuchen zu begegnen. Es gibt Rechtsgeschäfte, die ganz deutlich den Charakter der Steuerumgehung tragen, für deren Beseitigung aber ohne den Art. 10 eine rechtliche Grundlage fehlen würde.

Hg. Waldstein (Forstf. Sp.): Diese Vorschrift würde

starke Rechtsunsicherheit

schaffen. Mit welchem Recht man zu erzwängen, daß eine Kapitalleistung heutzutage in der Form eines Gesellschaftsvertrages erfolgt?

Hg. Dr. Jund (nat.) hat gleichfalls Bedenken, dem Bundesrat das Recht zu geben, das Gesetz auszuheben. Dem Verzehe muß es überlassen bleiben, den Weg zu wählen, der bei den geringsten und billigsten ist. Beim Stempelrecht kann man kaum von Umgehungen sprechen.

Unterstaatssekretär Schiffer: Das Stempelgesetz läßt unzweifellos ohne diese Vorschrift Anhebungen zu. Das beweist die Praxis, und daher ist es notwendig, diese Lücke im Gesetz auszufüllen. Die Vorschrift soll ein notwendiger Dammschirm sein gegen die außerordentlichen

weit verbreiteten Schängelungen,

die auf dem nicht stempelrechtlichen Kreditgeschäft beruhen. Diese namentlich in Süddeutschland blühende Geschäftszweigung muß unterbunden werden. Vielleicht empfindet sich die Annahme des Zusatzes, daß etwaige Verordnungen des Bundesrats dem Reichstage vorzulegen sind.

Hg. Dr. Jund (nat.) bemerkt nochmals auf die Rechtsunsicherheit, die durch die Vorschrift entstehen wird; ebenso Hg. Müller-Julda (Str.), der nach dem Verlauf der Aussprache nicht mehr für die Vorschrift zu stimmen können glaubt. Art. 10 wird einmütig abgelehnt.

Art. 11, der Vorlage trifft, daß für denselben Rechtsvorgang

nicht eine Doppeltsteuerung

eintreten kann, wird angenommen. Art. 12 bestimmt, daß für Kapitalerhebungen von Gesellschaften, sofern die Eintragung vor dem 1. August 1918 erfolgt ist, es bei den bisherigen Gesetzen verbleiben soll.

Eine Reihe weiterer Artikel wird unverändert angenommen. Art. 19 bestimmt, daß der Kommissionär bei sogenannten Kommissionsgeschäften die weitere Abgabe in Höhe der Hälfte des ermäßigten Tarifbetrags zu entrichten hat, und erstreckt die Verpflichtung zur Entrichtung der weiteren Abgabe auch auf die Fälle, in denen ein Bankgeschäft, Rüsse und Verkäufe über Wertpapiere derselben Gattung an demselben Tage mit verschiedenen Personen über die Tafel abgesehen.

Ein sozialdemokratischer Antrag will als neue Vorschrift in das Gesetz aufnehmen, daß weiterhin die Abgabe nur in Höhe der Hälfte der Tarifhöhe zu entrichten ist, wenn ein Bankgeschäft ein Geschäft mit einem auswärtigen Bankhaus durch Vermittlung einer auswärtigen inländischen Niederlassung im eigenen Namen und für eigene Rechnung abgeschlossen hat.

Hg. Dr. Sabetan (Soz.) betont, daß der Antrag die Kreditbanken schaden will in ihrer ökonomisch-wirtschaftlich notwendigen Tätigkeit gegenüber der Macht der Großbanken.

Hg. Kiepert (nat.): Wir würden den Wünschen der Mehreren Fraktionen gern Rechnung tragen, wenn sie gegenüber den Filialen der Großbanken tatsächlich beachtenswert wären, was aber nicht der Fall ist. Die Abhebung des Verkehrs mit den Filialen würde zu bedeutenden Folgen führen.

Weitere Beratung des Heeresetats im Reichstage.

Der Aufklärungsunterricht — Eine weitere Rede des Kriegeministers — Die Korrespondenz der Frontkämpfer mit Parlamentariern — Das Besondere der Soldaten.

Berlin, 12. Juni.

Der Reichstag setzte die Beratung des Heeresetats

fort.

Hg. Schulenburg (nat.): Wir begrüßen die drei vorgelegten Heeresetats. Der Aufklärungsunterricht muß von besonders hervorragenden Offizieren erteilt werden. Die Klagen über die Verpflegung wurden vermindert werden, wenn die Intendanturen der einzelnen Divisionen ihre Berichte unter Umständen gegenseitig austauschen würden. Die alten Mannschaften, die vier Jahre im Felde stehen, sollten ein Abzeichen in Form einer Zulaue erhalten.

Ein dunkles Kapitel

ist die Frage der Beförderung von Mannschaften, ebenso die Verleihung der Eisernen Krone. Die Reserveoffiziere klagen über Zurücksetzungen gegenüber den aktiven Offizieren.

Kriegsminister v. Stein: Die Briefe, die Klagen an die Abgeordneten bringen, sind nicht als Dokumente anzusehen. Viel derartige Klagen sind unbegründet

und aus Verger, Mißgunst, oder auch aus Boswilligkeit entstanden. Das Eiserne Kreuz ist und bleibt ein hohes Ehrenzeichen. Keine Armee, auch keine demokratische Armee, kann auf Ehrenzeichen verzichten. Ich muß hier, wo immer nur von anderen Kategorien die Rede ist, ohne die außerordentliche Pflichterfüllung der Reserveoffiziere skizzieren zu wollen, die aktiven Offiziere lobend erwähnen, die unser Heer herangebildet haben. Wenn hier so schwerwiegende Vorwürfe gegen die alten Kreuz-Schweizer erhoben werden, so muß ich annehmen, daß die Abgeordneten schwerwiegendes Material in Händen haben. Ich bitte darum, um rätselhaftes gegen etwaige Mißstände vorgehen zu können.

Hg. Grise (Kons.): Die Gesandten begrüßen wir. Auf den Klagen Anreiz kann aber nicht ganz verzichtet werden. Die Reserveoffiziere sollten mit zwölf Jahren Dienstzeit zu Feldwebelstufen befördert werden. Für die außerordentliche Tätigkeit der Ärzte und Schwestern hegen wir bewundernde Dankbarkeit.

Der letzte Mann muß an die Front,

selbst Parlamentarier und Gemeindefriedensräte, die aus politischen Gründen zurückgestellt wurden. Die Behandlung unserer Kriegsgelungen schreit zum Himmel. Da muß durchgreifendes geschehen.

Hg. Gothein (Forstf. Sp.): Der Antrag ist ein völlig unzulängliches Mittel zur Erreichung des Zieles, das er sich gestellt hat. Der Antrag wird abgelehnt und Art. 19 unverändert angenommen.

Staatssekretär von Waldow über Ernährungsfragen.

Berlin, 12. Juni. Der Ernährungsanschuß des Reichstages lehnte heute den Antrag Wölke (Kons.), Weid (nat.) und Feger (Forstf. Sp.) zum Wenden der Organisation ab. In der Beratung von Waldow wurde die Ernährungsfrage Staatssekretär v. Waldow u. a. aus.

Eine öffentliche Bewirtschaftung der Lebens- und Futtermittel ist bei den jetzigen Verhältnissen notwendig. Ich bin natürlich auf Bewirtschaftung bedacht, kann aber das gegenwärtige System so lange nicht aufgeben, wie die Knappheit besteht. Das gegenwärtige System der Lebensmittel ist für die allgemeine Volksernährung unzulässig. Die Konsumenten erhalten unerwünschte Waren für die Erzeuger. Zur Frage der Bewirtschaftung von Gemüse und Obst erklärte der Leiter der Reichsanstalt für Gemüse und Obst: Die Einkäufer in diesem Jahre betragen etwa ein Drittel einer normalen Ernte. Die Klagen, daß die Preissteigerung der Lebensmittel eine Verminderung des Angebotes zur Folge habe, sind nicht richtig. Es ist nur richtig, daß in den Städten nicht mehr so viele Produkte verkauft sind. Die dreien Schichten des Volkes können jetzt Gemüse und Obst kaufen und es wird ebenfalls schnell umgesetzt. Die unversierte Arme an sich ist erheblich größer.

Das Branntwein-Monopol.

WTB. Berlin, 12. Juni. Der Ausschuss des Reichstages zur Vorbereitung des Branntweinmonopols führte heute seine Beratungen fort. Unterstaatssekretär Schiffer hat einleitend in Betracht zu ziehen, daß es unbedingt geboten ist, die Steuererlöse sämtlich zusammen zu veranlagern, weil sie im ersten inneren und äußeren Zusammenhang miteinander stehen. Zu § 3 (Landwirtschaftliche Brennereien) liegen konzentrierte Anträge vor, die verbleiben sollen, das nämlich ein anders zusammengelegter Reichstag das Branntwein abbaue. Die Linie erstreckt sich um Abnahme dieser Anträge, das Monopol abzulehnen zu müssen. Gegenüber der Auffassung, die interessierten Kreise hätten die Regierung beeinflusst, erklärte Unterstaatssekretär Schiffer, der Entwurf sei durchaus ein vernünftiger Wert der verbleibenden Brennereien. Kein Interessent hätte einen unzulässigen Einfluß ausgeübt. Sachverständige sind natürlich reichlich gehört worden. Ueber die sonderlichen Anträge wird später berichtet werden.

Heimreise des Grafen Burian.

WTB. Berlin, 12. Juni. Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Burian hat heute abend 7 1/2 Uhr 6 Uhr die Rückreise nach Wien angetreten.

Ein österreichisch-ungarisches Schiff torpediert.

WTB. Wien, 12. Juni. Vom 1. und f. Kriegsministerium, Marineleitung, wird mitgeteilt: Ein österreichisch-ungarisches Schiff wurde bei einer Nachfahrt in der Adria torpediert und ist gesunken. Es werden Vintnerschiffskapitän Max de Rivob, Wachschiffbetriebsleiter, Kommandant Anton Müller und etwa 80 Mannschaften vermisst. Capitän Josef von Sedwa ist tot. Der Rest der Mannschaft wurde gerettet.

General v. Wriehagen: Ein allgemeines Verbot, daß mit Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu stehen, beschließen ist. Bei der Urlaubserteilung hat uns die Urlaubssperre

einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Urlaubssperre soll nicht eine Vergünstigung sein, sie ist eine Arbeitspflicht. Die Entlassung des Jahres 1870 wird nach und nach möglich sein. Die Fälle, daß Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden, häufen sich.

Generaloberst Dr. Schulgen: Die beim Etat des Jahres vorgezeichneten Zahlen über die Gesundheitsverhältnisse der Wehr waren mehr als das Doppelte unrichtig. 15 auf 1000 war die Durchschnittszahl gegen 17 vom Tausend in den letzten fünf Friedensjahren. In den Wehrzeiten ist die Verpflegung im allgemeinen gut. Bei Wehrzeiten wird energisch eingegriffen. Die historische Unterordnung wegen der gegen die alten Kreuz-Schweizer erhobenen Klagen haben auf dem Gebiet, von dem der Hg. Schulgen gesprochen hat, noch in keinem Falle etwas Befehlendes ergeben. Die vom Hg. Dr. Wirth beschriebenen

Zustände in den Kasernen

sind wenn sie zutreffen, tatsächlich unerträglich. Sie werden abgestellt werden.

Hg. Dr. Berner - Herold (Deutsche Fraktion): Mit allem Nachdruck ist das Was unserer Kriegsgelungen zu verbessern. Unsere Kräfte müssen der Sorge um ihre Zukunft entbunden werden.

General v. Doven: Ueber Mißstände bei der Beschaffung auf dem Lande zu Requisitionen bitte ich um Mitteilung, damit eingeschritten werden kann.

Hg. Kiepert (nat.): Die Verfügungen des Kriegsministers zur besseren Behandlung der Soldaten werden nicht beachtet. Man sollte den Feldgrauen ihr Vorkommen auch in der Uniform geben. Das

Besondere der Soldaten

muß geändert werden. Der Aufklärungsunterricht im Felde wird immer im Sinne des unabhängigen Ausfühlers für einen deutschen Frieden betrieben. Spitzkum und Gekümmungsdienstleistungen im Felde sind auch gegenüber dem Ausland zurückgekehrt. Kriegsgelungen gelöst. Zur Behandlung aller Beschwerden ist nur eine Veränderung des ganzen Systems des Militärsinnes imstande. Deshalb stehen wir auch die vorgelegten Gesetzentwürfe ab.

Hg. Sossnik (Kons.): Die Aushebung der Arbeiter geschieht partiell. Wer möglich ist, kommt auf die Fronte und wird eingezogen.

Weiterberatung: Donnerstag 1 Uhr.

Gegen die englischen Räuber.

WTB. Bern, 11. Juni. „Proces de Lyon“ vom 7. Juni zufolge ließ die englische Militärbehörde in Arras folgenden Befehl anfragen: Befehl für die englischen Truppen in Arras! Es ist jedem Offizier, Unteroffizier und Soldaten verboten: 1. Ein Haus zu betreten, welches nicht auf seinem Einquartierungschein bezeichnet ist; 2. Mißbilligung, die Einwohner oder der französischen Regierung gehören, zu beschuldigen, zu verurteilen oder fortzuführen; 3. Keller, Türen, Möbel, die vernagelt, verschlossen oder verriegelt sind, zu öffnen; 4. Möbel von einem Hause in ein anderes zu schaffen. Um der Befehl schließt: Es muß für jeden Soldaten unserer Armee Ehrenpflicht sein, das Eigentum der französischen Einwohner, unserer Militärs, die von Hause abwesend sind und an der Seite der englischen Soldaten für eine edle Sache kämpfen, zu bewachen und zu beschützen.

Die Franzosen waren vorbereitet.

Ein interessanter Korpsbefehl.

WTB. Berlin, 12. Juni. Die Erfolge der Armee Futier erschienen in besonderer Sicht, wenn man in Betracht zieht, daß der Angriff gegen einen vollkommen vorbereiteten Gegner zu führen war, was die Franzosen jetzt eingesehen. Ein am 10. Juni erlassener Korpsbefehl des Generals Kluntz, Kommandeur des 34. Armeekorps, vom 5. Juni 1918 lautet:

Es kann sein, daß die Deutschen, im Eifer der Wut aufgehetzt, sich nunmehr gegen uns wenden. Sie dürfen und werden nicht durchkommen. Auf alle Fälle werden sie uns nicht überlassen. Denn alle Vorbereitungsregeln sind getroffen. Mit dem Feuer der die ganze Linie überdeckenden Maschinengewehre werden wir die Wogen niedermachen und ihre Verbände zerschellen. Schnidige Schanzgräben! Ihr dürft keinen einzigen Wachen durchlassen. Späht rechts und links. Durchschau! Schärft den Winkel, jedes Geleise, wo er sich anheben könnte. Nicht im Schlaf. Auf ihr Jungs! Es gilt Frankreichs Rettung!

In dem Befehl liegt ein Eingeständnis unserer Erfolge an der Aisne und eine Anerkennung der glänzenden Leistungen der Armee Futier, die nichts aufhalten konnte.

Unruhe in Paris.

Schweizer Grenz, 12. Juni. Die „Räucher Korrespondenz“ erzählt zuverlässig, daß sich neue Sturmzeichen in Paris bemerkbar machen. Die Unruhe über das, was die Zukunft bringt, benutzte die Pariser Bevölkerung auf das erfindlichste. Die Unruhe und Sorge äußern sich in gewissen bescheidenen Vorzeichen, von denen jedoch die Pariser Blätter nur mit Vorsicht und nur in sehr geringen Ausdehnungen zu sprechen wagen. In der letzten Ausgabe des „Pariser Temps“ wird im Handelsteil mitgeteilt, daß sich am letzten Sonnabend unter den Mietern von Büchern in den leuchtendsten Konversationen der Pariser Finanzwelt eine ganz ungewöhnliche Erregung und Besorgnis gezeigt hat, so daß die Pariser Banken vorzeitig geschlossen werden mußten. Es zeigt sich offenbar, daß die Annäherung des deutschen Heeres an Paris dort Verboten einer neuen Massenabwanderung vermöglicher Kreise entgegen stehen läßt, die sich ihre Werte nicht einer unzulänglichen Verwertung von Paris aussetzen wollen und deshalb ihre Werte schnellstens von den Banken abholen. Das „St. Gallener Tagblatt“ läßt sich aus Paris melden: Man glaubt in Frankreich war nicht, daß Paris eigentlich bedroht sei, indem man sich darauf löst, daß Amiens, Verdun und Arras viel eher eingeschlossen seien, ohne dabei geäußert zu sein. Auf alle Fälle

aber wird die Regierung Paris nur im letzten Augenblicke verlassen. Clemenceau ist zum vernünftigen Überlande entschlossen. Er hat seinen Vorschlag die Nacht nach Bordeaux zu sehr verändert, als daß er einen Schritt nennbar wiederholen oder ihn dem Präsidenten Komitee anraten könnte.

Beendigung der parlamentarischen Wahlen in Rumänien. Ein Erfolg der Regierung.

WTB. Bukarest, 12. Juni. Die rumänischen Parlamentswahlen sind bis auf wenige Sitze und Radikalen, die in vielen Landen stattfinden, beendet. Von zwei Generalabschlüssen wurden 107 Kandidaten der Regierung und drei unabhängige Kandidaten gewählt. Außerdem stehen verfassungsgemäß dem Kronprinzen, je einem Vertreter der beiden Landes-universitäten und acht geistlichen Würdenträgern je ein Sitz im Senat zu. Von drei Kammerkollegien wurden 163 Kandidaten der Regierung, die beiden beherrschenden Parteien, drei Kandidaten der Gruppe Caru, vier, Anhänger Stures und sieben unabhängige Kandidaten gewählt. Unter den unabhängigen befinden sich General Avarescu, der den Parlamentarier-Frieden unterzeichnete, der nationale Antifeminist Goga und der ehemalige Minister Sobotaru. Außerdem die Parteien Bratianus und Tafe Ionescu mit allen Mitteln für Wahlenthaltung in der Hoffnung einzutreten, daß die vom Wahlgesetz vorgeschlagene Mindeststimmzahl von ein Drittel der eingeschriebenen Wähler nicht erreicht werde, was die Beteiligung im allgemeinen fast ebenso stark wie früher, besonders in den großen Städten. Nur in einem einzigen Falle, in Galak, mußte wegen zu geringer Wahlbeteiligung die Wahl für ungültig erklärt werden.

Der Prozeß gegen das aufgelöste polnische Hilfskorps.

WTB. Warschau, 12. Juni. In der Hauptverhandlung gegen die Angeklagten des aufgelösten polnischen Hilfskorps wurde heute die Vernehmung des Regions-Hauptmanns Antonowicz fortgesetzt. Der Angeklagte schilderte die Ereignisse vom 15. Februar 1918 und erklärte, er habe am Vormittag den Befehl erhalten, die Truppen marschbereit zu halten, um jedoch, wenn keine Befehle vom Regimentskommandanten bis 4 Uhr nachmittags eintröfen sollte, unter dem Deckmantel einer Nachtübung das bestmögliche Durchschießen zwecks Durchführung mit den Truppen des Generals Muskat durchzuführen zu können. Den Status des Generals Szeleski und die ihm angefallenen Offiziere, welche den Befehl der Legion nicht befolgten, habe Goredi unter militärischen Zwang genommen und beim Ausmarsch der Truppen mitgeführt. Der Vornamstag ging bis gegen 10 Uhr, wo er von einer Sturmtruppe gefangen wurde. Die Anklage wegen Diebstahls eines der Angeklagten wurde. Goredi wies auf das faßliche Mißverständnis an, das die Legionäre hin, welches er als die Entladung aus dem österreichisch-ungarischen Militärverband und als offizielle Anerkennung der polnischen Armee betrachtete, der er nun als ein Offizier angehöre. Er habe zwar für den Senat sein Eid gelistet, hätte aber gehalten, von seinen Pflichten als österreichischer Staatsbürger abzutreten zu sein. In weiteren Verlauf der Verhandlung verweigerte Goredi die Angabe, wo wenn er die Befehle zum Anmarsch erhalten habe, daß jedoch zu, vorteilhaft gehandelt zu haben, da ihm nachträglich zur Kenntnis gebracht worden sei, daß in der Nacht vom 15. zum 16. Februar die Befehle des Regimentskommandanten eintröfen, den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten.

Das englische Reichskriegskabinett.

WTB. London, 12. Juni. (Neuer.) Das Reichskriegskabinett hielt in Anwesenheit des Premierministers und anderer Minister der überseeischen Dominions unter dem Vorsitz Lloyd Georges seine dritte Sitzung ab.

Ein neuer Dubliner Protest.

WTB. London, 12. Juni. „Daily News“ meldet: Die Dubliner Korporation nahm einstimmig eine Entschließung an, die protestiert gegen die feige und unbedeutende Handlungswelt der britischen Regierung, bestehend in der Festnahme von 88 ungerührten Landmännern und Frauen, die jetzt in verschiedenen Strafgefängnissen im Landesinnern befinden. Die Entschließung protestiert ferner gegen die grobsten unethischen Behandlung, der dieselben unterworfen sind, indem ihnen verweigert wird, in irgend welcher Weise mit ihren Familien, Verwandten und Freunden versehen, von denen sich viele noch in Unkenntnis über den Aufenthalt der Gefangenen befinden.

Die Kämpfe in Palästina.

WTB. Konstantinopel, 12. Juni. Generalstabesbericht: In den letzten Abendsstunden des 9. Juni erneuerten der Feind wieder heftiger Artilleriebeschüsse seine Angriffe im Küstengebiet. Durch unter anhaltendes Artillerie-, Mörserbeschüssen und Infanterieerlöse erlitt der Feind schwere Verluste. Wiederum ist der feindliche Angriff abgewehrt. Von den anderen Fronten nichts von Belang.

Die Vorgänge an der Murmanküste.

Rosengarten, 12. Juni. „Berliner Tageblatt“ meldet aus Sankt Petersburg: Das entliche Drama der russischen Regierung demersiert die Werbung, daß die Expedition an der Murmanküste durchgeführt sei. Die Militärkommission an der Murmanküste berichtet, daß die Anstalten der Regierung und der Besatzung unterhalten worden sind und bei dieser letzten Entgegenkommen finden. Die russische Regierung hat die Mitteilung erhalten, daß Finnland nicht beabsichtigt, die ganze Murmanküste zu besetzen, sondern nur den Teil, der ihm früher verprochen worden sei. Der einzige Senator republikanischer Nationalität Fran und der Senator für soziale Arbeiter Roussouri sind zurückgetreten.

Kämpfe bei Orenburg.

Kiew, 9. Juni. Nach Meldungen der Sibirier ist der kolonier operative Militärstützpunkt den Dampfwerkzeugen Kasan. Nicht einfallen lassen. Orenburg soll von den aufständischen Soldaten abgeben sein. Die in Weißsibirien operierenden kaiserlichen Truppen können entschieden gefangen zu sein.

Deutsches Reich.

Die Landgräfin von Hessen 1. WTB. Frankfurt a. M., 11. Juni. Die Landgräfin von Hessen, geborene Prinzessin Anna von Preußen, das älteste Mitglied des Hauses Hohenzollern, ist heute früh im Alter von 82 Jahren nach schweren Leiden gestorben.

Ausland.

Aufhebung der politischen Zensur in der Türkei. Konstantinopel, 11. Juni. Der interministerielle Presseleiter Ufuk Bey berief heute die Redakteure der bedeutendsten Blätter zu sich und teilte ihnen mit, daß die politische Zensur der Zeitungen aufgehoben werden wird und nur die militärische Zensur aufrechterhalten werde.

Vermischtes.

Papier aus Laab. Durch Rollen und Beigen von trockenen Blättern aller möglichen Pflanzenarten, wie der „Lampas“ mittels, eine Frau Karen Kremfön ein 23-faches Erprobte, mittels dessen es ihr gelungen ist, eine ganze Reich von Papier, sorten, vom dünnsten Zigarettenpapier bis zur Papp, herauszuholen.

Postverhöhung in Schweden. Auch in Schweden sind jetzt die inländischen Posttarife für Briefe, Karten, Pakete, Postanweisungen und Radnahmen erhöht worden, jedoch nicht auf ungewisse Dauer, wie in Deutschland, sondern zunächst für den Zeitraum vom 1. Juni bis zum 31. Dezember 1918.

Wacht auf, ihr Toten! Das englische Wighblatt „The London Mail“ veripostet mit folgender Wisse die recht ausserordentlichen Erscheinungen, die bei der Propaganda für die Antikriegsvereine der „nationalen Verteidigung“ zutage treten. Man hatte auch einen Propagandabrief durch Flugzeuge ins Wert gesetzt. Eine Wölfe von Verbeschreibungen fiel, von einem der Apparate aus abgeworfen, auf einen Kirchhof. Auf Rundschreiben war die herrliche Einladung zu lesen: „Wacht auf und gehmet!“

Letzte Depeschen.

Die Viehkaufpreise.

Ein Antrag Delius. Der 12. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der verparierte Staatsratsmitglied Herr von Abgeordnetes hat einen Antrag Kamdörfer (Freilicht), Stuhl (Zent.), D Elias (Hr.), wonach dem Landesfiskus und den Viehhandelsverbänden unterlagt sein soll, für die Wehrnahme von Gefährten Vieh von Viehkaufpreisen zu machen, Gebühren zu erhöhen und Zwangsversicherung zu treffen. In Sache des Antrags wurden Beschlüsse angenommen, die eine Reihe von Vorarbeiten für die einschlägigen Vertragsabschlüsse enthalten.

So folgte die Beratung des Antrags Dr. Meend (freil.), das Grundkapital der Zentralgenossenschaftskasse um 100 Millionen Mark zu erhöhen.

Ein Antrag Dietrich (Komm.) verlangte Erhöhung auf 105 Millionen. Die der Finanzminister erklärte, wird die Regierung über eine Höhe von 50 Mill. nicht hinausgehen. Darum wurde der Antrag Dietrich angenommen.

Eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums.

Berlin, 12. Juni. (Privattelegramm.) Das preussische Staatsministerium wird am morgigen Donnerstag zu einer Sitzung zusammenrufen, in der voraussichtlich zu der Ablehnung des gleichen Beschlusses Stellung genommen werden soll. Die Ausführung des preussischen Abgeordnetenhauses soll jedoch in lange nicht in Frage kommen, als nicht auch das Herrenhaus über die Vorlage abstimmt haben wird.

Pessimistische Stimmungen.

Basel, 12. Juni. (Privattelegramm.) Die Schweizerische Depeschen-Agentur berichtet aus Mailand: In Kreisen der englischen Militärkräfte herrscht, wie der „Secolo“ berichtet, über den schließlichen Ausgang der deutschen Offensiv eine pessimistische Meinung und man erkennt an, daß die Lage sehr ernst ist. Man nechtet sich nicht, daß die Bedrohung von Paris möglich zuweilen.

Die Kämpfe bei Chateau-Thierry.

WTB. Berlin, 12. Juni. (Drahtnachricht.) Nordwestlich von Chateau-Thierry griff am Morgen des 11. Juni nach kurzer Feuerbereitung der Feind unter dem Schutze des Morgennebels in mehreren tief gestützten Wellen unsere Stellungen an. Auch hier wurden sämtliche Angriffe unter blutigen Verlusten für den Feind abgewiesen, der im Laufe des Tages unter Einwirkung seiner Kräfte ohne jegliche Aussicht auf Verluste seine vorerzielten Vorstöße wiederholt, ohne daß es ihm gelang, irgendwelche Vorteile zu erlangen. Unser Artilleriefeuer, die Mörser und die Gegenangriffe unserer Infanterie fügten dem Feinde ganz außerordentlich schwere Verluste bei. Eine größere Anzahl von Gefangenen blieb in unserer Hand.

Außerordentliche Vollmachten für Clemenceau.

Zürich, 12. Juni. (Privattelegramm.) Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ melden aus Paris: Die durch die französischen Heeresberichte erzeugte Stimmung der französischen Presse ist infolge der kürzeren Gerichte gesteigert, daß man beabsichtigt angefaßt der Lage, Clemenceau mit außerordentlichen Vollmachten unter völliger Beilegung des Parlamentes auszustatten. In diesem Sinne ist ein außerordentlich inspirierter Artikel des „Figaro“ aufzufassen, daß die Kammer seine Erklärungsabstimmung mehr habe und nur zum Schein weiter bestehen dürfe.

Die Stimmung in der französischen Kammer.

Genf, 12. Juni. (Privattelegramm.) Wie das „Journal du Peuple“ mitteilt, herrscht in den Wandelgängen der Kammer große Bewegung, und niemand achtet darauf, das allge-

meine Gefühl zu verbergen. Das ist in dem Worte ausbrückt: Die Situation ist ernst. Das Blatt fügt hinzu, die Deputierten, die sich noch gestern in großen freizeithlichen Ausläuften ergingen, legen sich große Zurückhaltung auf.

Wiederum erwartet!

Basel, 12. Juni. (Privattelegramm.) Die „Basler Nachrichten“ melden: Die französische öffentliche Presse bringt nur neuen deutschen Offensiv, unerschütterliche Kommentare. Der militärische Mitarbeiter des „Matin“ sagt, daß auch diese Offensiv voranzuschreiten war. Daher diese man das seine Vertrauen haben, daß der deutsche Widerstand nicht werden würde. Vielleicht handele es sich aber auch nur um Scheinmanöver, die sich aber unter für die Alliierten günstigen Bedingungen zu einer großen Schlacht auszuwickeln könnten.

Noch 5 Schiffe an der amerikanischen Küste überfällig.

Basel, 12. Juni. (Privattelegramm.) Die „Times“ melden aus New York: Man hofft, daß der Hauptpost des U-Boot-Krieges jetzt überbrückt sei. Am Sonntag wurden noch fünf Fahrzeuge als überfällig gemeldet.

Wilson an die amerikanischen Arbeiter.

Washington, 12. Juni. (Privattelegramm.) Präsident Wilson hat in einem Telegramm an den amerikanischen Arbeiterverband und an den amerikanischen Verband für Arbeit und Demokratie u. a. geschrieben: Wie erzieht jetzt die schwerste Zeit des Kampfes, jedoch kann die Nation sie nicht auszuhalten, da sie jetzt sicher ist, daß keine feindlichen Intrigen unsere Einigkeit durch wirtschaftliche und Klassenfeindschaften, die der Feind geistlich zu führen versucht hat, zu trennen vermögen. In diesen Tagen der Prüfung und Selbstaufopferung trägt der amerikanische Arbeiter mit Würde seinen Teil der nationalen Lasten.

Die Zahl der deutschen U-Boote an der amerikanischen Küste.

WTB. Amsterdam, 12. Juni. (Drahtnachricht.) Einem heiligen Platte zufolge erfahren die „Times“ aus Washington, daß nach einer amtlichen Mitteilung aus dem Marineministerium alle Küsten- und U-Boote mit unzulässiger Ausfahrt genommen sind, soweit es sich um die Bekämpfung der Korven und Fischerboote der Verteidigungszone und innerhalb der Häfen handelt.

Zeit ist erpöntig festgelegt worden, daß mehr als ein Unterseeboot in den atlantischen Gewässern operiert hat. Beinahe gleichzeitig wurde der Angriff auf Virginia und Flantand gemeldet. Angeblich hat ein zurückkehrendes Schiff viel fischer ein U-Boot gesehen. Marineminister Daniels bestätigt, daß keine amerikanischen Schiffe geortet werden sollen und daß die amerikanischen Zerstörerpläne nicht geändert werden sind.

Genet die Raubpolitik der Entente.

WTB. Berlin, 12. Juni. (Drahtnachricht.) Die „Köln. Zig.“ meldet aus Stockholm: Die „Nomsja Sjöen“ wendet sich mit scharfen Worten gegen die Raubpolitik der ehemaligen Verbündeten, insbesondere gegen England und Japan. Japan plane nach zuverlässigen Nachrichten die Fortsetzung seiner Politik von 1905. In Washington seien in den letzten Tagen neue Truppen aus Japan gelangt. Das Uebernehmen von China laufe Japan sehr gut, die Kriegsschiffe des japanischen Krieges auszubringen. Die Gerichte aus der deutschen Gefahr seien nur zu dem Vorwande ausgeübt worden, diese Raubpolitik zu verbieten. Ebenso habe England die Gelegenheit unter dem Vorwande der deutschen Gefahr, sich Gebiete in Nordrupland anzuweisen. Die Gefahr, die England von seinen ehemaligen Verbündeten in seinen Lebensinteressen bedrohe, sei größer als die harten Bedingungen des Feindes von West-Asien.

Konferenz japanischer Feldmarschälle.

WTB. Amsterdam, 12. Juni. (Drahtnachricht.) Einem heiligen Platte zufolge erklärt die „Times“ aus Tokio: Feldmarschall Yamagata, der jetzt in Tokio weilt, erklärt, daß sein Besuch ohne Bedeutung sei, daß jedoch seinen Turen der Akt der Feldmarschälle — Japan hat deren sechs — die Probleme der nationalen Verteidigung näher erörtern werde. Der diplomatische Rat beabsichtigt Mittwoch (Datum nicht angegeben) über die Politik hinsichtlich Australiens und Chinas. Die lange Dauer der Sitzungen hat die allgemeine Unruhe lampt auf sich gelenkt.

Die deutsch-holländischen Verhandlungen.

WTB. Amsterdam, 12. Juni. Die „Times“ erfahren aus dem Haag, daß hinsichtlich des Wählens des bevorstehenden Abkommens zwischen Holland und Deutschland die Schmelzbarkeit darin besteht, daß Deutschland für die Kohlenlieferung nach Holland außer der sofortigen Lieferung von gleich und fetten auch Konzeptionen für die Zeit nach dem Kriege verlangte. Wie der Haager Korrespondent der „Times“ behauptet, ist Deutschland jetzt einen Druck aus, um die Verfügung über einen Teil des holländischen Schiffes an zehn Jahre nach Friedensschluß zu bekommen. Die Mehrheit des holländischen Kabinetts soll stark gegen dieses Zugeständnis sein.

Forderungen britischer Seeleute.

WTB. London, 12. Juni. (Drahtnachricht.) Auf einer allgemeinen Versammlung der Imperial Maritime League erklärte der britische Sir Spencer Marlowe Wilson: Der Klub hat in allen früheren Konferenzen des vereinigten Königreiches eine Propaganda mit dem Ziele betrieben, die englischen öffentlichen Meinung die hohe Wichtigkeit darzutun, in die künftigen Friedensbedingungen die Forderung aufzunehmen, daß die schifflichen Mächte wenigstens denselben Betrag an Schiffraum ausliefern sollten, der dem vom Feinde während des Krieges verlorbenen Schiffraum der Alliierten gleichwertig ist. Dieses Ziel ist durch eine von der Regierung gegebene Versicherung erreicht worden.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)